

17. Nov. 2004

ANFRAGE

der Abgeordneten Erika Scharer
und GenossInnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Schließung von Postämtern im Lungau, Pinzgau und Pongau

Führender Dienstleister bei Postbeförderung ist die Österreichische Post AG. Am 3. März 1999 wurde sie rechtlich verselbständigt. Hauptgeschäftsbereiche sind die Erbringung von Leistungen des Post- und Paketdienstes, sowie die Abwicklung von Finanzgeschäften in Kooperation mit dem langjährigen Partner Postsparkasse. Die fünf Geschäftsfelder betreffen Brief, Filialnetz, Infomail, KEP sowie Medienpost.

Als Teile der ländlichen Infrastruktur gehören Postämter vor allem für ältere und weniger mobile Menschen zum „Vor-Ort-Service“. Trotzdem wurden 2002 allein in Salzburg 21 Postämter geschlossen. Derartige aufgelassene Postämter, Bezirksgerichte, Nahversorger und Gendarmerieposten führen darüber hinaus zu einer Ausdünnung des ländlichen Raumes, da eine gute Grundversorgung für Ortsansässige und Gäste in ländlichen Regionen vor allem durch eine funktionierende Infrastruktur gesichert wird.

Derzeit liegt jedoch die Vermutung nahe, dass in Salzburg bis zu einem Viertel des derzeitigen Bestandes, nämlich weitere 30 Postämter, geschlossen werden sollen.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

1. Welche Postämter sind in den Salzburger Bezirken
 - a. Lungau
 - b. Pinzgau
 - c. Pongau im Detail betroffen?
2. Wie viele MitarbeiterInnen werden durch die Umstrukturierungen Ihrer Ansicht nach
 - a. im Lungau
 - b. im Pinzgau
 - c. im Pongau betroffen sein?
3. Warum werden nach 2002 wieder Postamtschließungen in Betracht gezogen?
4. Wann sind für Sie Postämter als „unrentabel“ zu beurteilen?
5. Wie viele Frühpensionierungen wird es im Zuge der geplanten Postamtschließungen geben?
6. Wird ein Sozialplan ausgearbeitet?
 - a. Wenn ja, welcher und in welchem Ausmaß wird der Lungau, Pinzgau und Pongau miteinbezogen werden?
 - b. Wenn nein, warum nicht?

7. Wie können Ihrer Ansicht nach bei fortschreitender Ausdünnung des ländlichen Raumes durch Schließung von Postämtern, Bezirksgerichten, Gendarmerieposten und dergleichen die Nahversorgung vor allem für ältere und weniger mobile Menschen sichern?
8. Sind in den Regierungsplänen Alternativkonzepte zur Post vorgesehen, welche die Dienstleistungen und so die Nahversorgung im Falle von Postamtschließungen übernehmen können?
 - a. Welche Alternativkonzepte sind jeweils für den Lungau, Pinzgau und Pongau im Detail vorgesehen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?

Andreas Krieger

Walter Kumpfer - WK

Fabian Bar

Andreas Krieger

Andreas Krieger